

# Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 11. bis 14. April 2016

[07-04-2016 - 18:20]

## Plenartagung

<b>Datenschutzpaket: Endgültige Abstimmung</b> .....	4
<p>Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über neue Vorschriften zum Datenschutz ab. Das Ziel der Reform ist, den Internetnutzern die Entscheidung über ihre persönlichen Daten zurückzugeben und Datenflüsse in Drittländer zu regulieren. Weiterhin legen die neuen Vorschriften hohe Standards zur Datenübermittlung für polizeiliche und gerichtliche Zwecke fest. Im vergangenen Dezember haben sich die Abgeordneten mit dem Rat auf einen vorläufigen Kompromiss zur Richtlinie sowie zur Verordnung geeinigt.</p>	
<b>Endgültige Abstimmung über EU-Fluggastdaten (PNR-Richtlinie)</b> .....	5
<p>Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über die Richtlinie über EU-Fluggastdaten (PNR) ab, die Luftfahrtgesellschaften in der Union dazu verpflichten würde, EU-Ländern ihre Fluggastdatensätze zu überlassen. So sollen die Behörden bei der Bekämpfung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten unterstützt werden. Das Plenum wird am Mittwochnachmittag im Anschluss an die Diskussion zum Datenschutzpaket darüber eine Debatte abhalten.</p>	
<b>Debatte zum EU-Türkei-Abkommen</b> .....	6
<p>Am Mittwochvormittag steht die Vereinbarung mit der türkischen Regierung, Migranten und Asylsuchende aus Griechenland zurück in die Türkei zu bringen, im Zentrum einer Debatte mit den Präsidenten von Rat und Kommission Donald Tusk und Jean-Claude Juncker. Auf das Abkommen hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf dem EU-Gipfel am 18. März mit der Türkei geeinigt.</p>	
<b>Flüchtlingsdebatte: Neues EU-Asylsystem und legale Migrationsmöglichkeiten</b> ..	7
<p>Am Dienstag diskutieren die Abgeordneten über ein zentralisiertes EU-Asylsystem, das der Union erlauben würde, den wachsenden Zustrom von Migranten und Asylsuchenden besser zu verwalten – so steht es in einem entsprechenden Entschließungsentwurf, über den das Parlament am selben Tag abstimmt. Im Text des Entwurfs wird der Ausbau sicherer und legaler Wege für Angehörige von Drittstaaten befürwortet, die in die EU einreisen wollen, ohne ihr Leben zu riskieren und auf Schmuggler zurückzugreifen.</p>	
<b>“Panama Papers”: Debatte über Skandal um geheime Finanzgeschäfte</b> .....	8
<p>Am Dienstagnachmittag diskutiert das Parlament mit Vertretern von Rat und Kommission über die “Panama Papers“-Enthüllungen über mehr als 200.000 Offshore-Unternehmen und deren geheim gehaltene Eigentümer, darunter viele Politiker und Prominente. Die zentrale Frage lautet: Wie wirkungsvoll sind die bestehenden EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche?</p>	
<b>Neue Antiterrormaßnahmen nach jüngsten Anschlägen</b> .....	9
<p>Am Dienstagnachmittag stehen die jüngsten Terroranschläge und bestehende sowie neue Maßnahmen zur Terrorbekämpfung im Zentrum einer Debatte mit Vertretern von Rat und Parlament. Die Abgeordneten werden voraussichtlich ihre dringende Forderung an die Mitgliedstaaten wiederholen, den Austausch von Informationen zu verbessern und sicherzustellen, dass alle bestehenden Rechtsinstrumente vollständig umgesetzt und einsatzbereit sind.</p>	
<b>Parlament könnte EU-weites Verbot von Glyphosat fordern</b> .....	10
<p>Solange es ernsthafte Bedenken über die krebserregenden und hormonellen Auswirkungen des Herbizids Glyphosat gibt, welches im Bereich Land- und Forstwirtschaft und im Gartenbau Anwendung findet, sollte die Marktzulassung durch die Europäische Kommission nicht verlängert werden. So steht es in einer nicht verbindlichen Entschließung, über die am Mittwoch abgestimmt wird.</p>	
	11



# Plenartagung

<b>EU-Haushalt: Zusätzliche Finanzmittel für Flüchtlinge und zur Terrorbekämpfung</b> .....	
Das Parlament wird voraussichtlich dem ersten Berichtigungshaushalt für 2016 zustimmen, mit dem 100 Millionen Euro an Soforthilfe für Flüchtlinge innerhalb der EU bereitgestellt werden sollen sowie weitere 2 Millionen Euro für neues Personal im Europäischen Zentrum zur Terrorismusbekämpfung von Europol. Da die Gelder dringend benötigt werden, haben die Abgeordneten das Verfahren beschleunigt und in nur gut einem Monat durchgezogen.	
<b>Die Zukunft der europäischen Außenpolitik</b> .....	12
Die Stabilisierung der EU-Nachbarschaft, die Einhaltung der Verpflichtungen hinsichtlich der EU-Erweiterung und Integration, die Bereitstellung von mindestens 2% des BIP der Mitgliedsstaaten für Verteidigungsausgaben – dies sind einige der Vorschläge von Abgeordneten für die geplante globale EU-Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik, die am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht.	
<b>Richtlinie zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen: Endgültige Abstimmung</b> ..	13
Am Donnerstag steht der Entwurf einer Richtlinie zur Abstimmung, mit der Unternehmen durch die Bereitstellung von Rechtsbehelfen im Falle von Diebstählen oder dem Missbrauch von Geschäftsgeheimnissen unterstützt werden sollen. Die Abgeordneten konnten in den Verhandlungen mit dem Rat einen besseren Schutz für Journalisten und Whistleblower durchsetzen. Über den im Dezember 2015 mit den Mitgliedstaaten erreichten Kompromiss wird nun endgültig abgestimmt.	
<b>Rechtsstaatlichkeit in Polen: Europäisches Parlament verabschiedet EntschlieÙung</b> .....	14
Die Abgeordneten werden über eine nichtbindende EntschlieÙung zur Lage in Polen abstimmen und so die Plenardebatte vom 19. Januar abschließen, an der Polens Premierministerin Beata Szydło und der erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans teilgenommen hatten.	
<b>Ersamus+: Verbesserte Mobilität für Auszubildende in der EU</b> .....	15
Die Abgeordneten werden am Dienstag über eine EntschlieÙung abstimmen, in der sie die Verbesserung des „Erasmus+“-Programms verlangen, um die Mobilität von Lehrlingen und Studenten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung stärker zu fördern. Regionale und lokale Behörden, Unternehmen, Handelskammern, Gewerkschaften und andere Organisationen sollen Mobilitätsstrategien und Partnerschaften entwickeln, um fachgerechte Berufsbildungsprogramme im Ausland zu bewerben, planen und verwalten.	
<b>Wege aus der Landwirtschaftskrise</b> .....	16
Der Landwirtschaftskommissar Phil Hogan wird von den Abgeordneten am Dienstag zu Einzelheiten des jüngsten Hilfspakets der Kommission befragt, das die europäischen Landwirte dabei unterstützen soll, mit den zusammengenommenen Auswirkungen von sinkenden Preisen, teuren Vorleistungen und dem russischen Embargo auf europäische Nahrungsmittel zurechtzukommen.	
<b>Armenien / Aserbaidschan: Debatte zur Lage in Bergkarabach</b> .....	17
Der vor kurzem wieder aufgeflamnte Konflikt um die umstrittene Kaukasusregion Bergkarabach, einer mehrheitlich von Armeniern bewohnten Enklave in Aserbaidschan, die mit armenischer Unterstützung 1991 ihre Unabhängigkeit erklärt hat, steht im Mittelpunkt einer Debatte am Dienstag mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, um zu erörtern, wie die EU die Krise schlichten kann.	
<b>Weitere Tagesordnungspunkte</b> .....	18
Weitere Themen auf der Tagesordnung	

# Plenartagung

Armin WISDORFF

BXL: (+32) 2 28 40924  
STR: (+33) 3 881 73780  
PORT: +32 498 98 13 45  
TWITTER: EP\_BudgControl  
EMAIL: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141  
STR: (+33) 3 881 73603  
PORT: (+32) 498 98 33 32  
EMAIL: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646  
PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

## Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)

# Plenartagung

## Datenschutzpaket: Endgültige Abstimmung

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über neue Vorschriften zum Datenschutz ab. Das Ziel der Reform ist, den Internetnutzern die Entscheidung über ihre persönlichen Daten zurückzugeben und Datenflüsse in Drittländer zu regulieren. Weiterhin legen die neuen Vorschriften hohe Standards zur Datenübermittlung für polizeiliche und gerichtliche Zwecke fest. Im vergangenen Dezember haben sich die Abgeordneten mit dem Rat auf einen vorläufigen Kompromiss zur Richtlinie sowie zur Verordnung geeinigt.

Im Plenum findet dazu am Mittwoch eine gemeinsame Aussprache statt. Die Abstimmung ist für Donnerstag geplant.

Der Ministerrat wird das Datenschutzpaket (Richtlinie und Verordnung) erwartungsgemäß bis Montag, den 11. April, formal annehmen, damit der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten seine Empfehlung für die zweite Lesung am 12. April verabschieden kann, bevor das Plenum am Donnerstag entscheidet.

*Debatte: Mittwoch, den 13. April*

*Abstimmung: Donnerstag, den 14. April*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung*

*Pressekonferenz: Dienstag, den 12. April um 12:00 Uhr*

*#dataprotection*

### Weitere Informationen

- [Europäische Kommission - Factsheet: Fragen und Antworten – Datenschutzreform](#)
- [Pressemitteilung: "EU-Datenschutzreform: Mehr Rechte für Europas Internetnutzer" \(17.12.2015\)](#)
- [Pressemitteilung: "New data protection standards to ensure smooth police cooperation in the EU" \(17.12.2015, auf Englisch\)](#)
- [Berichtersteller für die Verordnung Jan Albrecht \(Grüne/EFA, DE\)](#)
- [Berichterstellerin für die Richtlinie Marju Lauristin \(S&D, EE\)](#)

# Plenartagung

## Endgültige Abstimmung über EU-Fluggastdaten (PNR-Richtlinie)

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über die Richtlinie über EU-Fluggastdaten (PNR) ab, die Luftfahrtgesellschaften in der Union dazu verpflichten würde, EU-Ländern ihre Fluggastdatensätze zu überlassen. So sollen die Behörden bei der Bekämpfung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten unterstützt werden. Das Plenum wird am Mittwochnachmittag im Anschluss an die Diskussion zum Datenschutzpaket darüber eine Debatte abhalten.

Im vergangenen Dezember hatte das Verhandlungsteam des Parlaments sich mit dem Rat auf einen Kompromiss zur PNR-Richtlinie geeinigt, den der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten kurz darauf angenommen hat. In den Verhandlungen konnten die Abgeordneten durchsetzen, den Gesetzentwurf in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu gestalten und strenge Garantien zum Schutz persönlicher Daten aufzunehmen.

*Debatte: Mittwoch, den 13. April*

*Abstimmung: Donnerstag, den 14. April*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 13. April um 14:00 Uhr*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in*

*erster Lesung*

### Weitere Informationen

- [PNR-Kompromiss mit dem Rat \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(10.12.2015, auf Englisch\) - PNR](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(PNR\)](#)
- [Hintergrundinformationen zu PNR](#)
- [Berichtersteller Timothy Kirkhope \(EKR, UK\)](#)

# Plenartagung

## Debatte zum EU-Türkei-Abkommen

**Am Mittwochvormittag steht die Vereinbarung mit der türkischen Regierung, Migranten und Asylsuchende aus Griechenland zurück in die Türkei zu bringen, im Zentrum einer Debatte mit den Präsidenten von Rat und Kommission Donald Tusk und Jean-Claude Juncker. Auf das Abkommen hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf dem EU-Gipfel am 18. März mit der Türkei geeinigt.**

Laut der Vereinbarung sollen alle Menschen, die irregulär von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangt sind, wieder zurückgebracht werden. Im Gegenzug sollen die EU-Länder für jeden Syrer, den die Türkei zurückgenommen hat, einen anderen Syrer auf legalem Wege aufnehmen. Sobald die irregulären Grenzüberquerungen zwischen der Türkei und der EU enden oder zumindest ihre Zahl erheblich und nachhaltig zurückgegangen ist, wird eine Regelung für die freiwillige Aufnahme aus humanitären Gründen aktiviert. Das Abkommen könnte auch eine schnellere Visaliberalisierung für türkische Bürger, die in die EU einreisen, mit sich bringen, wenn Ankara sich an die Bestimmungen hält.

### **Bewertung der Reformbemühungen der Türkei im Jahr 2015**

Im Anschluss an diese erste Debatte wird das Parlament auch die Reformbemühungen der Türkei im Jahr 2015 im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft mit Erweiterungskommissar Johannes Hahn diskutieren und am Donnerstag eine entsprechende Entschließung verabschieden.

In dem Entwurf steht, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei bei der Migration von den Beitrittsverhandlungen entkoppelt werden sollte. Der Text unterstreicht, in welchen Bereichen die Türkei noch nicht genug Fortschritte gemacht hat, wie zum Beispiel bei der Rechtsstaatlichkeit, der Meinungsfreiheit und den Grundwerten.

*Debatte: Mittwoch, den 13. April*

*Abstimmung: Donnerstag, den 14. April*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte; Nichtlegislative Entschließung zum Fortschrittsbericht 2015*

*#euco #EUTurkey #refugeecrisis*

### **Weitere Informationen**

- [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 17./18. März 2016](#)
- [Erklärung EU-Türkei, 18. März 2016](#)
- [EU-Kommission zum EU-Türkei-Abkommen: Häufig gestellte Fragen \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss über den Fortschrittsbericht 2015 \(15.03.2016\)](#)
- [Berichterstatteerin Kati PIRI \(S&D, NL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Factsheet der EU-Kommission zum Fortschrittsbericht 2015 \(auf Englisch\)](#)

# Plenartagung

## Flüchtlingsdebatte: Neues EU-Asylsystem und legale Migrationsmöglichkeiten

Am Dienstag diskutieren die Abgeordneten über ein zentralisiertes EU-Asylsystem, das der Union erlauben würde, den wachsenden Zustrom von Migranten und Asylsuchenden besser zu verwalten – so steht es in einem entsprechenden Entschließungsentwurf, über den das Parlament am selben Tag abstimmt. Im Text des Entwurfs wird der Ausbau sicherer und legaler Wege für Angehörige von Drittstaaten befürwortet, die in die EU einreisen wollen, ohne ihr Leben zu riskieren und auf Schmuggler zurückzugreifen.

In dem Entschließungsentwurf von Roberta Metsola (EVP, MT) und Kashetu Kyenge (S&D, IT) fordern die Abgeordneten eine grundlegende Überarbeitung der sogenannten Dublin-Regelung (die festlegt, welcher Mitgliedstaat für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständig ist), um solidarische Verantwortung sowie eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen zu gewährleisten. Sie rufen die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Zusagen hinsichtlich der Umsiedlung von Flüchtlingen einzuhalten und unterstreichen die Notwendigkeit eines verbindlichen Umsiedlungsprogramms.

*Debatte: Dienstag, den 12. April*

*Abstimmung: Dienstag, den 12. April*

*#refugeecrisis #asylum #migrationEU*

### Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf zu der „Lage im Mittelmeerraum und der Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration“](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(16.03.2016\)](#)
- [Berichterstatterin Roberta Metsola \(EVP, MT\)](#)
- [Berichterstatterin Kashetu Kyenge \(S&D, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Thinktank zur Flüchtlingskrise](#)

# Plenartagung

## “Panama Papers”: Debatte über Skandal um geheime Finanzgeschäfte

Am Dienstagnachmittag diskutiert das Parlament mit Vertretern von Rat und Kommission über die “Panama Papers”-Enthüllungen über mehr als 200.000 Offshore-Unternehmen und deren geheim gehaltene Eigentümer, darunter viele Politiker und Prominente. Die zentrale Frage lautet: Wie wirkungsvoll sind die bestehenden EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche?

Die „Panama Papers“ wurden dem Internationalen Konsortium für investigativen Journalismus (ICIJ) zugespielt. Es handelt sich um dieselbe Organisation, die 2014 auch den „Luxleaks“-Skandal ans Licht gebracht hat. Die Luxleaks-Enthüllungen haben zur Einrichtung des [Sonderausschusses über Steuervorbescheide](#) geführt, der eine lange Liste mit [Empfehlungen zur Bekämpfung aggressiver Steuerplanung und Steuervermeidung](#) in der EU aufgestellt hat.

### Parlament hat Registrierung von Angaben zum wirtschaftlichen Eigentümer durchgesetzt

Das Parlament hat sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die zentrale Registrierung von Angaben zum wirtschaftlichen Eigentümer in der [neuen Geldwäsche-Richtlinie](#) vorgeschrieben wird, die die Abgeordneten im Mai 2015 angenommen haben (und die bis zum 26. Juni 2017 umgesetzt werden muss). Die in dieses Register einzuspeisenden Informationen sind zwar nicht öffentlich, können aber von den zuständigen Behörden (Steuer- und Strafverfolgungsbehörden) eingesehen werden, sowie von Personen mit berechtigtem Interesse.

### Hintergrundinformationen

*Die „Panama Papers“ sind ein Datenleck, das aus mehr als 11,5 Millionen vertraulichen Dateien besteht und Informationen zu rund 214.000 Offshore-Gesellschaften beinhaltet, die von der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca in Panama geführt wurden. Darunter befinden sich die Personalien von Anteilseignern und Geschäftsführern der Gesellschaften. Die Dokumente enthüllen, wie vermögende Einzelpersonen, die teilweise auch öffentliche Ämter bekleiden, ihr Geld vor der Öffentlichkeit verbergen.*

Debatte: Dienstag, den 12. April

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#PanamaPapers #LuxLeaks #TaxTransparency #TaxFairness

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung: "Neue Geldwäsche-Richtlinie: Gegen Steuervergehen und Terrorfinanzierung" \(20.05.2015\)](#)
- [Text der Geldwäsche-Richtlinie](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Neue Instrumente der EU für die Bekämpfung von Geldwäsche"](#)
- [Pressemitteilung: „Parlament fordert Überarbeitung der Vorschriften für Körperschaftssteuer“ \(25.11.2015\)](#)
- [Pressemitteilung: "Empfehlungen zur Bekämpfung aggressiver Steuerplanung und Steuervermeidung" \(16.12.2015\)](#)

# Plenartagung

## Neue Antiterrormaßnahmen nach jüngsten Anschlägen

Am Dienstagnachmittag stehen die jüngsten Terroranschläge und bestehende sowie neue Maßnahmen zur Terrorbekämpfung im Zentrum einer Debatte mit Vertretern von Rat und Parlament. Die Abgeordneten werden voraussichtlich ihre dringende Forderung an die Mitgliedstaaten wiederholen, den Austausch von Informationen zu verbessern und sicherzustellen, dass alle bestehenden Rechtsinstrumente vollständig umgesetzt und einsatzbereit sind.

Das Europäische Parlament arbeitet zurzeit an einer Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, um die Sicherheit der EU-Bürger zu gewährleisten. Mit dem Rat hat es bereits Vereinbarungen zu Europol, Cybersicherheit und die Übermittlung von Daten ausgearbeitet, um hierzu entsprechende Gesetze zu verabschieden.

*Debatte: Dienstag, den 12. April*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

**#terrorism #Brussels**

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung: „Fight against terrorism - EU and all Member States must use all available means to deliver, Parliament says“ \(24.03.2016, auf Englisch\)](#)

# Plenartagung

## Parlament könnte EU-weites Verbot von Glyphosat fordern

**Solange es ernsthafte Bedenken über die krebserregenden und hormonellen Auswirkungen des Herbizids Glyphosat gibt, welches im Bereich Land- und Forstwirtschaft und im Gartenbau Anwendung findet, sollte die Marktzulassung durch die Europäische Kommission nicht verlängert werden. So steht es in einer nicht verbindlichen EntschlieÙung, über die am Mittwoch abgestimmt wird.**

Die Europäische Kommission wird aufgefordert, eine unabhängige Überprüfung durchzuführen und alle wissenschaftlichen Belege, die der Bewertung von Glyphosat durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zu Grunde lagen, offenzulegen, statt die Marktzulassung für weitere 15 Jahre ohne Einschränkungen zu bewilligen, so der Text der EntschlieÙung.

*Hinweis für Medienvertreter*

*Die Entscheidung liegt bei den nationalen Experten des ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (Sektion „Pflanzliche Arzneimittel“). Dieser kann über den Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit abstimmen. Sollte keine solche Mehrheit zustande kommen, entscheidet die Europäische Kommission.*

*Glyphosat ist ein aktiver Wirkstoff, der weitflächig als Unkrautvernichtungsmittel eingesetzt wird. Es wurde in den frühen 70er Jahren patentiert und 1974 als Breitspektrum-Herbizid für den Verbrauchermarkt eingeführt und schnell zum Bestseller. Seit das Patent im Jahr 2000 abgelaufen ist, wird Glyphosat von verschiedenen Unternehmen vertrieben. Hunderte Pflanzenschutzmittel beinhalten Glyphosat und sind in Europa registriert und für die Nutzung in der Landwirtschaft zugelassen.*

*Abstimmung: Mittwoch, 13. April*

*Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung*

*#glyphosate*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung über die Abstimmung des Ausschusses: "Glyphosat-Herbizid: Umweltausschuss gegen Verlängerung der EU-Zulassung" \(22.03.2016\)](#)

# Plenartagung

## EU-Haushalt: Zusätzliche Finanzmittel für Flüchtlinge und zur Terrorbekämpfung

Das Parlament wird voraussichtlich dem ersten Berichtigungshaushalt für 2016 zustimmen, mit dem 100 Millionen Euro an Soforthilfe für Flüchtlinge innerhalb der EU bereitgestellt werden sollen sowie weitere 2 Millionen Euro für neues Personal im Europäischen Zentrum zur Terrorismusbekämpfung von Europol. Da die Gelder dringend benötigt werden, haben die Abgeordneten das Verfahren beschleunigt und in nur gut einem Monat durchgezogen.

Die Summe von 100 Millionen Euro für humanitäre Hilfe hinsichtlich des derzeitigen Zustroms von Flüchtlingen und Migranten in die Union stellt die erste Rate des neuen 700 Millionen Euro umfassenden Soforthilfeinstruments dar, das die EU-Kommission am 2. März vorgeschlagen hatte. Die Mittel könnten beispielsweise für Nahrungsmittelhilfe, medizinische Notfallversorgung, Unterkünfte, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Hygiene-, Schutz- und Bildungsmaßnahmen verwendet werden.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge werden zudem 2 Millionen Euro bereitgestellt, um das Personal des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung aufzustocken, das am 1. Januar 2016 bei Europol eingerichtet wurde und die zentrale Schaltstelle im Kampf gegen den Terrorismus in der EU sein soll.

Die Mittel für humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge innerhalb der EU werden aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) umgeschichtet, die Gelder für Europol aus dem Fonds für die innere Sicherheit (ISF). Sie stammen also nicht aus den bestehenden auswärtigen humanitären Hilfsprogrammen für Flüchtlinge außerhalb der EU.

*Abstimmung: Mittwoch, den 13. April*

*Verfahren: Haushaltsverfahren*

*@Europol #refugeecrisis #refugees #EUBudget #EPonTerror*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf \(Abstimmung im Ausschuss am 11.04.2016\) zum Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2016 – Neues Instrument zur Bereitstellung von Soforthilfe innerhalb der Union](#)
- [Pressemitteilung zur Debatte im Ausschuss \(16.03.2016\)](#)
- [Berichtersteller José Manuel Fernandes \(EVP, PT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Die Zukunft der europäischen Außenpolitik

Die Stabilisierung der EU-Nachbarschaft, die Einhaltung der Verpflichtungen hinsichtlich der EU-Erweiterung und Integration, die Bereitstellung von mindestens 2% des BIP der Mitgliedsstaaten für Verteidigungsausgaben – dies sind einige der Vorschläge von Abgeordneten für die geplante globale EU-Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik, die am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht.

Des Weiteren wird auch die Bilanz der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des letzten Jahres in einer Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini erörtert.

Die Debatte und entsprechende Entschließung sind der Beitrag der Abgeordneten zur geplanten globalen EU-Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik, die Mogherini im Juni 2016 vorstellen wird.

*Debatte: Dienstag, den 12. April*

*Abstimmung: Mittwoch, den 13. April*

*Verfahren: Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik; Nichtlegislative Entschließung*

*#EUGlobalStrategy*

### Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf: "Die EU in einem sich wandelnden globalen Umfeld – eine stärker vernetzte, konfliktreichere und komplexere Welt"](#)
- [Berichterstatterin Sandra Kalniete \(EVP, LV\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Richtlinie zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen: Endgültige Abstimmung

Am Donnerstag steht der Entwurf einer Richtlinie zur Abstimmung, mit der Unternehmen durch die Bereitstellung von Rechtsbehelfen im Falle von Diebstählen oder dem Missbrauch von Geschäftsgeheimnissen unterstützt werden sollen. Die Abgeordneten konnten in den Verhandlungen mit dem Rat einen besseren Schutz für Journalisten und Whistleblower durchsetzen. Über den im Dezember 2015 mit den Mitgliedstaaten erreichten Kompromiss wird nun endgültig abgestimmt.

In den Verhandlungen haben die Abgeordneten darauf bestanden, die Freiheit und die Pluralität der Medien nicht einzuschränken und die Arbeit der Journalisten nicht zu behindern, insbesondere hinsichtlich investigativer Recherche und des Quellenschutzes.

*Debatte: Mittwoch, den 13. April*

*Abstimmung: Donnerstag, den 14. April*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen \(Geschäftsgeheimnisse\) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(28.01.2016, auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(15.12.2015\)](#)
- [EP-Hintergrund: "Protecting businesses' trade secrets" \(auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatterin Constance Le Grip \(EVP, FR\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Rechtsstaatlichkeit in Polen: Europäisches Parlament verabschiedet Entschließung

Die Abgeordneten werden über eine nichtbindende Entschließung zur Lage in Polen abstimmen und so die Plenardebatte vom 19. Januar abschließen, an der Polens Premierministerin Beata Szydło und der erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans teilgenommen hatten.

Die Debatte im Januar fand im Anschluss an die Entscheidung der Kommission vom 13. Januar statt, die erste Stufe des "Rahmens zur Behandlung von systembedingten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit" in Polen einzuleiten. Die *Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission)* des Europarats stellte am 11. März ihre Stellungnahme zu den von Polens Regierung durchgesetzten Gesetzesänderungen zur Beschränkung der Befugnisse des polnischen Verfassungsgerichts vor.

*Debatte: Dienstag, den 19. Januar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 13. April*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung*

*#Poland #ruleoflaw #mediafreedom*

### Weitere Informationen

- [Videos der Debatte \(19.01.2016\)](#)
- [Polen: Debatte zur Rechtsstaatlichkeit mit Ministerpräsidentin Szydło \(Pressemitteilung 19.02.2016\)](#)
- [Ein neuer EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips](#)
- [EU-Kommission: Orientierungsaussprache des Kollegiums über die jüngsten Entwicklungen in Polen und den Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips - Fragen und Antworten](#)
- [Stellungnahme der Venedig-Kommission des Europarates zur Lage in Polen vom 11. März 2016](#)

# Plenartagung

## Ersamus+: Verbesserte Mobilität für Auszubildende in der EU

Die Abgeordneten werden am Dienstag über eine Entschließung abstimmen, in der sie die Verbesserung des „Erasmus+“-Programms verlangen, um die Mobilität von Lehrlingen und Studenten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung stärker zu fördern. Regionale und lokale Behörden, Unternehmen, Handelskammern, Gewerkschaften und andere Organisationen sollen Mobilitätsstrategien und Partnerschaften entwickeln, um fachgerechte Berufsbildungsprogramme im Ausland zu bewerben, planen und verwalten.

Die Anerkennung und Bestätigung von Lernergebnissen, einschließlich der durch nichtformales und informelles Lernen erworbenen Fähigkeiten, sollte auf nationaler Ebene besser organisiert werden, ob durch Leistungspunkte oder Bescheinigungen, das Niveau der Sprachkenntnisse und die Gestaltung der Lehrpläne bzw. Studiengänge, so die Abgeordneten in dem Entschließungsentwurf.

*Debatte: Montag, den 11. April*

*Abstimmung: Dienstag, den 12. April*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung*

*#education #VET @EUErasmusPlus #vocationaltraining*

### Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf über Erasmus+ und andere Instrumente zur Förderung der Mobilität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung – ein Konzept für lebenslanges Lernen](#)
- [Profil des Berichterstatters Ernest Maragall \(Grüne/EFA, ES\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Webseite der Europäischen Kommission zur Ausbildungsförderung](#)

# Plenartagung

## Wege aus der Landwirtschaftskrise

**Der Landwirtschaftskommissar Phil Hogan wird von den Abgeordneten am Dienstag zu Einzelheiten des jüngsten Hilfspakets der Kommission befragt, das die europäischen Landwirte dabei unterstützen soll, mit den zusammengenommenen Auswirkungen von sinkenden Preisen, teuren Vorleistungen und dem russischen Embargo auf europäische Nahrungsmittel zurechtzukommen.**

Sie werden außerdem die Wirksamkeit des Hilfspakets von 2015 bewerten und Ideen für eine angemessene Reaktion auf die Herausforderungen der anhaltenden Landwirtschaftskrise präsentieren.

Die Abgeordneten werden betonen, dass Hilfen zunächst die Landwirte in den am stärksten betroffenen Sektoren erreichen und deren Stellung auf dem Markt verbessert werden muss. Sie werden voraussichtlich auch ihre früheren Forderungen nach zusätzlichen Maßnahmen, inklusive gesetzgeberischen, erneut vorbringen, um die Position der Landwirte zu stärken und ein größeres Gleichgewicht in der Lebensmittelversorgungskette herzustellen.

Die Abgeordneten werden auch Wege diskutieren, wie die EU-Landwirtschaft weniger anfällig für zukünftige Schocks oder Störungen jenseits der EU-Grenzen gestaltet werden kann. Sie werden voraussichtlich die Kommission auffordern, den Landwirten Zugang zu flexiblen und innovativen Finanzinstrumenten zu verschaffen, um ihr Einkommen besser schützen und schneller auf Veränderungen des Marktes reagieren zu können.

*Debatte: Dienstag, den 12. April*

*Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission*

*#AgriCrisis #RussianBan #milk #pigmeat #beef #fruits #vegetable*

### Weitere Informationen

- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung: "Commission's aid package helpful but not enough to tackle farm crisis, says Agriculture committee chair" \(16.03.2016, auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung: "Agriculture MEPs hold a minute of silence for victims of EU farm crisis and urge the Commission to act" \(08.03.2016, auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung: "Agriculture committee demands an EU law to fight unfair trading practices" \(12.11.2015, auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung der EU-Kommission: „Europäische Kommission ergreift Sondermaßnahmen zur Unterstützung der europäischen Landwirte in der derzeitigen Krise“ \(14.03.2016\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Armenien / Aserbaidschan: Debatte zur Lage in Bergkarabach

**Der vor kurzem wieder aufgeflamnte Konflikt um die umstrittene Kaukasusregion Bergkarabach, einer mehrheitlich von Armeniern bewohnten Enklave in Aserbaidschan, die mit armenischer Unterstützung 1991 ihre Unabhängigkeit erklärt hat, steht im Mittelpunkt einer Debatte am Dienstag mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, um zu erörtern, wie die EU die Krise schlichten kann.**

Mehr als 60 Menschen wurden in der dreitägigen kriegerischen Auseinandersetzung getötet und Dutzende verwundet. Es waren die schwersten Kampfhandlungen seit zwei Jahrzehnten. Armenien und Aserbaidschan hatten sich am 5. April auf einen Waffenstillstand geeinigt.

*Debatte: Dienstag, den 12. April*

*Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten mit anschließender Debatte*

*#NagornoKarabakh*

# Plenartagung

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Berichte 2015 über Albanien und Bosnien und Herzegowina - *Erklärungen des Rates und der Kommission, (Debatte Mittwoch, Abstimmungen Donnerstag)*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2015/009 SE/Volvo Trucks - *Bericht: Victor Negrescu, (Abstimmung Dienstag)*
- Verwirklichung des Ziels der Armutsbekämpfung in Anbetracht der steigenden Haushaltskosten - *Bericht: Tamás Meszerics, (Debatte und Abstimmung Donnerstag)*
- Ernennung von Mitgliedern des Rechnungshofs - *Berichte: Igor Šoltes und Bart Staes, (Abstimmungen Mittwoch)*
- Externe Dimension der GFP und der Fischereiabkommen - *Bericht: Linnéa Engström, (Debatte Montag, Abstimmung Dienstag)*
- Partnerschaftliches Fischereiabkommen mit Dänemark und Grönland: Fangmöglichkeiten und finanzielle Gegenleistung - *Empfehlung: Marco Affronte, (Abstimmung Dienstag)*
- Beschluss über Steuertransparenz - *Erklärung der Kommission (Dienstag)*
- Mehrwertsteuer-Mindestnormalsatz - *Bericht: Peter Simon (INI), (Abstimmung Dienstag)*
- Ausbruch der vom Zika-Virus verursachten Epidemie - *Entschließungsanträge, (Abstimmung Mittwoch)*
- Zuchttiere und deren Zuchtmaterial - *Bericht: Michel Dantin (COD), (Abstimmung Dienstag)*
- Kleine Küstenfischerei in von der Fischerei abhängigen Gebieten - *Bericht: Ruža Tomašić (INI), (Debatte Montag, Abstimmung Dienstag)*
- Umsetzung und Überarbeitung der EU-Strategie für Zentralasien - *Bericht: Tamás Meszerics (INI), (Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch)*
- Abkommen zwischen Brasilien und Europol über strategische Kooperation - *Bericht: Claude Moraes (COD), (Abstimmung Dienstag)*
- Auswirkungen der Migrationskrise auf den Verkehrssektor, *Erklärungen von Rat und Kommission, (Debatte Donnerstag)*